

Warum die „Obamanie“
den Blick für Europas
Interessen verstellt

Vorteil McCain

Thomas Gutschker

Wenn Barack Obama die Wahl hätte, würde er wohl nicht lange zögern und sich auf der hiesigen Seite des Atlantiks zum amerikanischen Präsidenten wählen lassen. Ein *landslide victory*, ein Erdrutschsieg, wäre dem Kandidaten der Demokraten gewiss, und das ganz ohne Wahlkampf. Zweiundfünfzig Prozent der Bürger in den fünf größten Staaten – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Russland – würden ihm gemäß einer Umfrage des *Daily Telegraph* von Ende Mai ihre Stimme geben. Sein republikanischer Konkurrent John McCain müsste sich mit fünfzehn Prozent begnügen (die verbleibenden Befragten wollten sich nicht festlegen). In Deutschland allein kommt Obama sogar auf siebenundsechzig Prozent. Andere Erhebungen bestätigen diesen Trend: Nirgendwo sonst sei das Vertrauen so ausgeprägt wie in Westeuropa, dass ein US-Präsident Obama „in der Weltpolitik das Richtige“ unternehmen werde, fand das Pew Research Center in seiner im Juni veröffentlichten „Global Attitudes“-Umfrage heraus. Hierzulande wurde diese Erwartung von zweiundachtzig Prozent der Befragten ausgesprochen.

So groß ist die „Obamanie“, dass die Aussicht auf einen Besuch des Demokraten in Berlin Ende Juli die Hauptstadt wochenlang in Aufregung versetzte, und dass einige Berliner Politiker von dem alten Brauch abgewichen sind, keine Präferenz zu äußern, wenn verbündete Staaten wählen. Als Sozialdemokrat könne er keinen Zweifel daran lassen, dass „mir

natürlich ein demokratischer Kandidat näherliegt als andere“, gab Karsten Voigt, Koordinator der Bundesregierung für die transatlantischen Beziehungen, zum Besten. Sein Parteichef Kurt Beck stimmte ebenfalls das hohe Lied vom schwarzen Senator an: „Ich würde mir wünschen, dass er es schafft.“ Es würde der Welt guttun, so Beck Anfang Juni, „wenn es ein Amerika gäbe, das sich eben nicht den Umweltherausforderungen versperrt, gegen viele soziale, ökologische, weltweite Programme Veto einlegt“. Die Äußerung dürfte typisch sein für die Mehrheitsmeinung der Deutschen: Barack Obama ist gut, weil Bush schlecht war. Und er muss besser sein als John McCain, weil der auch Republikaner ist. Das klingt logisch – aber hält es auch einer analytischen Prüfung der außenpolitischen Programme beider Kandidaten stand? Und, ebenso wichtig: Ist diese Formel überhaupt geeignet, deutsche Interessen zu identifizieren?

Schon das wichtigste außenpolitische Thema im Wahlkampf – die Strategie im Irak – lässt daran Zweifel aufkommen. Dabei sind die Positionen beider Kandidaten so deutlich gegeneinander abgegrenzt wie auf keinem anderen Feld. McCain will die amerikanischen Truppen so lange im Irak belassen, bis die USA den Krieg gegen den Terror an dieser „zentralen Kriegsfront“ gewonnen haben – notfalls „hundert Jahre“ lang, wie er bei einem berühmten Wahlkampfauftritt sagte. Nachdem er die Sprengkraft dieser Äußerung erkannt hatte, schränkte er ein,

er glaube, die meisten Mitglieder der Streitkräfte würden bis 2013 in ihre Heimat zurückgekehrt sein. McCain hält aber weiterhin daran fest, dass ein Rückzugsplan mit der Militärführung abgestimmt sein müsse und sich an festen Erfolgsmarkern zu orientieren habe. Hingegen hat Barack Obama versprochen, er werde die amerikanischen Kampftruppen binnen sechzehn Monaten nach seinem Amtsantritt aus dem Zweistromland abziehen. Nur so würden Sunniten und Schiiten gezwungen, ihren Bürgerkrieg politisch beizulegen. Während McCain den Waffengang gegen Saddam Hussein befürwortet und mit autorisiert hat, war Obama von Anfang an dagegen. Schon Ende 2002 warnte er vor einer Besatzung „von unbestimmter Dauer, unbestimmten Kosten und unbestimmten Folgen“. Saddam Hussein stelle keine unmittelbare Bedrohung für die Sicherheit der USA dar. Diese Haltung scheint ihn zum natürlichen Verbündeten jener Europäer zu machen, die damals ähnlich argumentiert haben.

Gleichwohl ist die Übereinstimmung in der Vergangenheit ein schlechter Leitfaden, wenn es darum geht, eigene Interessen in der Gegenwart zu erkennen. Entscheidend ist aus deutscher und europäischer Sicht heute, wie es gelingt, das Zweistromland zu stabilisieren. Ob die amerikanische Truppenaufstockung und die Zusammenarbeit mit sunnitischen Stammesführern langfristig erfolgreich ist, lässt sich schwer abschätzen. Die kurzfristigen Erfolge sind aber nicht zu übersehen: Das Ausmaß der Gewalt ist binnen eines Jahres um mehr als siebenzig Prozent gesunken, im Mai 2008 haben die US-Truppen so wenige Soldaten verloren (neunzehn) wie in keinem anderen Monat seit Beginn der Invasion. Das verlängerte Waffenstillstandsabkommen mit der Mahdi-Armee des schiitischen Aufstandsführers Muktda Al-Sadr trägt wesentlich zur Befriedung bei. Politisch

sind einige, wenn auch lange nicht ausreichende, Fortschritte zu verzeichnen.

Ein schneller Truppenabzug, wie Obama ihn versprochen hat, würde das Risiko erhöhen, dass die Bürgerkriegsparteien wieder zu den Waffen greifen, um die Macht an sich zu reißen. Dann könnten jene Schreckensszenarien wahr werden, welche die Europäer seit Langem ausmalen: Der Irak fällt in einen nicht mehr zu kontrollierenden Bürgerkrieg zurück, der auf die Nachbarländer übergreift und zur Spaltung des Zweistromlandes führt. Wegen seiner geografischen Nähe würde Europa zuerst die Konsequenzen spüren: von einer gewaltigen Flüchtlingswelle bis zu einem arabischen Krieg am Persischen Golf. Dagegen bietet ein längerfristiges Engagement der USA, das mit einer Truppenreduzierung nach Sicherheitslage verbunden wäre, den Europäern eine höhere Sicherheitsgarantie – wozu auch gehört, dass sie sich militärisch weitgehend aus dem Konflikt heraushalten können.

Der Iran im Kalkül

Das zweite außenpolitische Thema des Wahlkampfs – die Strategie gegenüber dem Iran – hat an Dynamik gewonnen, seitdem wieder über Militärschläge gegen iranische Atomanlagen diskutiert wird. Dazu gehört das Szenario einer „Oktoberüberraschung“, eines Angriffs der USA und/oder Israels vor der US-Präsidentenwahl am 4. November. Beide Kandidaten haben die militärische Option ebenso wenig ausgeschlossen wie die amtierende Regierung, setzen aber unterschiedliche Akzente. McCain will Bushs Linie fortsetzen. Er bezeichnet den Iran als „weltweiten Hauptunterstützer von Terrorismus“, der mit immer schärferen Sanktionen daran gehindert werden soll, Nuklearwaffen zu entwickeln oder weiterzugeben. Konkret schlägt er vor, Benzinlieferungen an das zwar ressourcenreiche, aber mangels Raffinerien chronisch unterversorgte

Land einzuschränken und wirtschaftliche Investitionen zurückzufahren. Sofern sich dafür keine Mehrheit im UN-Sicherheitsrat findet, sollten die sanktionsbereiten Länder außerhalb dieses Rahmens voranschreiten. Barack Obama will zwar ebenfalls Sanktionen verschärfen, solange Teheran an seinem Atomprogramm festhält. Im Unterschied zu McCain und Bush hat er aber die Absicht geäußert, als gewählter Präsident in seinem ersten Amtsjahr die iranische Führung zu treffen (wie auch die Führer Syriens, Venezuelas, Kubas und Nordkoreas), und zwar „ohne Vorbedingungen“. Damit wäre Obama der erste Präsident, der seit dem Geiseldrama in der Teheraner Botschaft 1980 wieder Beziehungen zu dem Mullahstaat aufnimmt. Weil eine derartige Aufwertung des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad viele jüdische Wähler verschreckt hat – eine entscheidende Gruppe im Schlachtfeld-Staat Florida –, bemühte sich Obama Anfang Juni bei einem Auftritt vor der proisraelischen Interessenvertretung Aipac, seine Ankündigung zu relativieren: „Ich wäre bereit, harte und prinzipientreue Diplomatie mit den geeigneten iranischen Führern anzuführen, zu einer Zeit und an einem Ort meiner Wahl und nur, wenn ich die Interessen der USA befördern kann.“

Obamas Position scheint europäischen Wünschen entgegenzukommen. Viele Politiker und Fachleute meinen seit Langem, dass eine dauerhafte Konfliktschlichtung nur möglich ist, wenn sich der Iran und die USA als wichtigste westliche Macht am Persischen Golf zu einem großen Interessenausgleich zusammenfinden. Auch hätten EU-Diplomaten nichts dagegen, wenn ihr Chefunterhändler Javier Solana von einem Amerikaner begleitet würde. Was sie aber keinesfalls wollen, ist die Preisgabe der bisherigen Verhandlungslinie, die vom UN-Sicherheitsrat in vier Resolutionen bestätigt worden ist. Demnach ist die Suspendierung aller mit der Urananreicherung verbundenen Aktivitäten

die notwendige Voraussetzung für Verhandlungen über das iranische Atomprogramm. Just diese Bedingung hat Obamas außenpolitische Beraterin Susan Rice jedoch in einem Interview als „kontraproduktiv“ zurückgewiesen. Sollte diese Position Bestand haben, würde ein Präsident Obama auf einen schweren diplomatischen Konflikt mit der EU zusteuern und sich als unverlässlicher Partner erweisen. McCain hat hingegen in einem Gespräch mit dem „Spiegel“ erklärt, er halte es für keine akzeptable Situation, mit Präsident Ahmadinedschad zu reden, „solange Iran die Auslöschung des Staates Israel zum Ziel erklärt und solange das Land weiterhin nukleare Waffen entwickelt“. Damit steht er der europäischen – und deutschen – Haltung näher als Obama.

Einsatz in Afghanistan

Der internationale Einsatz zur Befriedung Afghanistans wird im US-Wahlkampf von den Themen Irak und Iran überschattet. Gleichwohl ist die Haltung der Kandidaten für die Europäer besonders wichtig, weil sie in diesen Konflikt über die NATO militärisch involviert sind. Anders als McCain hält Obama nicht den Irak, sondern Afghanistan für die wichtigste Front im Kampf gegen den Terrorismus. Darin werden ihm die meisten Bürger auf dieser Seite des Atlantiks zustimmen. Wenn der Senator aus Illinois jedoch über die Herausforderungen für den Westen am Hindukusch spricht, unterscheidet er sich nicht vom Senator aus Arizona, sondern von der europäischen Mehrheitsmeinung. „Von den USA und Großbritannien wird verlangt, die Drecksarbeit zu machen, und niemand sonst will sich tatsächlich Feuergefechte liefern“, sagte Obama bei einer Wahlveranstaltung Anfang März. McCain schreibt in einem programmatischen Beitrag für die Fachzeitschrift *Foreign Affairs*, die NATO müsse ihre Truppen erhöhen, und die Verbündeten müssten „ihre schwächen-

den Restriktionen aufheben, wann und wie die Truppen kämpfen dürfen“. Während Präsident Bush zuletzt Verständnis zeigte für die deutsche Beschränkung auf den Nordsektor Afghanistans, muss sich Berlin auf deutlich mehr Gegenwind einstellen, egal, wer sein Nachfolger wird.

Unterschiede zu Bush

Allerdings haben beide Kandidaten auch Angebote im Köcher, die nach dem Geschmack der Europäer sind. Das betrifft vor allem die Themen Klimaschutz und Abrüstung. Sowohl Obama als auch McCain betrachten den Klimawandel als dringende globale Herausforderung, erkennen an, dass Amerika zu viel Energie verbraucht, und fordern, dass es im Umweltschutz mit gutem Beispiel vorangeht. Beide setzen konkrete Ziele für die Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes bis 2050: McCain will ihn um sechzig Prozent drosseln, Obama sogar um achtzig Prozent (im Vergleich zu den Werten von 1990). Die EU hat sich zum Ziel genommen, bis 2020 ihre Treibhausgasemissionen um zwanzig Prozent zu reduzieren, im Fall einer neuen internationalen Klimaschutzvereinbarung sogar um dreißig Prozent. Beide Präsidentschaftsbewerber sind bereit, über ein Nachfolgeabkommen des 2012 auslaufenden Kyoto-Protokolls zu verhandeln und darin verpflichtende Obergrenzen festzuschreiben. Sie werben im Wahlkampf explizit für ein Handelssystem mit Verschmutzungsrechten, wie es die EU-Staaten seit 2005 praktizieren. In dieser Hinsicht dürften die weiteren Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen leichter werden als mit der gegenwärtigen Regierung. Allerdings bestehen Obama und McCain auf derselben Bedingung wie Bush: Ein umfassendes Klimaschutzabkommen muss Indien und China einschließen, die bis heute ebenso wenig wie die USA am Kyoto-Prozess teilnehmen. Noch deutlicher setzen sich

die beiden Bewerber vom amtierenden Präsidenten ab, wenn es um Fragen der Abrüstung geht. Bush hatte gleich zu Beginn seiner Amtszeit den ABM-Vertrag gekündigt, um einen Raketenabwehrschild aufbauen zu können. Anstelle des Start-II-Abkommens schloss er 2002 mit dem russischen Präsidenten Putin eine separate Vereinbarung, die die Zahl strategischer Nuklearwaffen zwar weiter reduziert, aber weder ihre Verschrottung noch angemessene Verifikationsbestimmungen vorsieht. Hingegen haben sich Obama und McCain dem Aufruf angesehener amerikanischer Sicherheitspolitiker angeschlossen, der für eine Welt ohne Atomwaffen wirbt und Amerika eine besondere Verantwortung bei der Abrüstung zuweist. Die konkreteren Vorschläge stammen von McCain. Obama hat lediglich erklärt, er wolle sich darum bemühen, dass der 1996 unterzeichnete Atomteststopp-Vertrag endlich im US-Senat ratifiziert wird. McCain äußerte hingegen Ende Mai in einer programmatischen Rede in Denver: „Wir sollten unsere nuklearen Kräfte auf das geringste Niveau reduzieren, das wir für notwendig halten, und wir sollten darauf vorbereitet sein, ein neues Abrüstungsabkommen mit Russland zu schließen.“ Es würde nicht nur strategische Atomwaffen reduzieren. McCain ist auch für die Vernichtung aller in Europa lagernden taktischen Atomwaffen. Angesichts der in Deutschland immer wieder aufflammenden Debatten über diese Bomben – etwa zwanzig befinden sich auf dem Luftwaffenstützpunkt in Büchel – dürften ihm die Sympathien der Berliner Politik gewiss sein. Dies würde umso mehr gelten, als seine Abrüstungsvorschläge auf einen kooperativen Umgang mit Russland schließen lassen.

Dazu im Widerspruch steht freilich die von McCain seit seinem Auftritt bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 erhobene Forderung, Russland aus der G8-

Gruppe auszuschließen und die prosperierenden Demokratien Brasilien und Indien aufzunehmen. Derselben Linie folgt sein Vorschlag, eine „Liga der Demokratien“ zu gründen, die anstelle der Vereinten Nationen handeln könnte, wenn der UN-Sicherheitsrat blockiert ist. Eine solche Initiative, die McCain in seinem ersten Amtsjahr starten will, würde in Europa auf wenig Widerhall treffen, weil sie die Autorität der Vereinten Nationen unterminiert. Stattdessen dürften es die meisten Europäer eher mit Obama halten, der zwar „weitreichende Reformen“ bei den Vereinten Nationen fordert – im Generalsekretariat wie im Menschenrechtsrat –, dies aber mit einem klaren Bekenntnis zur Weltorganisation verbindet.

Wen also sollen sich die Deutschen und Europäer als nächsten Mann im Weißen Haus wünschen? Europa wird in jedem Fall einem Präsidenten gegenüber treten, der mehr Einsatz in Afghanistan fordert, aber auch zu mehr Engagement im Klimaschutz und bei der Abrüstung bereit ist. Kurt Becks Vermutung, nur Obama sei zu globalen Abmachungen bereit, ist eindeutig falsch. Tatsächlich hat sich der Republikaner McCain in Abrüstungsfragen sogar viel klarer positioniert als sein demokratischer Konkurrent. Auch auf den anderen außenpolitischen Handlungsfeldern steht der Senator aus Arizona europäischen Interessen näher – im Unterschied zu seiner geringen Popularität in der Alten Welt. Das gilt für seine Bereitschaft zu einem langfristigen Engagement im Irak ebenso wie für seine Unterstützung der geltenden Verhandlungslinie gegenüber dem Iran. Zweifel sind eigentlich nur angebracht hinsichtlich seiner Vorschläge zur Liga der Demokratien und zum Umbau der G8; diese sind stark von neokonservativem Gedankengut geprägt. In keinem Fall darf Europa aber verdrängen, dass jeder amerikanische Präsident amerikanische Interessen vertreten wird – nicht europäische.

Konflikte, wie sie in den vergangenen acht Jahren mit der Regierung Bush ausgetragen wurden, werden daher fort dauern. Das betrifft nicht nur die Lastenteilung bei NATO-Einsätzen oder die Forderung, auch China und Indien müssten sich verbindlichen Klimaschutzziele unterwerfen. Es gilt in einem viel allgemeineren Sinn für das amerikanische Selbstverständnis. Nicht weniger als Bush erheben McCain und Obama den Anspruch auf die globale Führerschaft und Hegemonialstellung der USA. Sie versprechen zwar, ihre Verbündeten stärker zu konsultieren, behalten sich aber das Recht vor, jederzeit unilateral zu handeln und Gewalt einzusetzen, auch ohne UN-Mandat. Sie wollen die amerikanischen Streitkräfte vergrößern – Obama um 92 000 Mann, McCain um 150 000 Mann –, die Militärausgaben erhöhen und die globale Präsenz des US-Militärs konsolidieren. Obama propagiert ein Amerika, „das unmittelbare Übel bekämpft, ein höchstes Gut fördert und die Welt von Neuem anführt“. McCain gibt sich nicht minder visionär: „Der nächste Präsident muss bereit sein, Amerika und die Welt zum Sieg zu führen und (...) einen Frieden zu schaffen, der hundert Jahre hält.“ Beider Vorwurf an George W. Bush ist nicht, dass er zu viel, sondern zu wenig Führungsstärke gezeigt hat.

Weil dieser amerikanische Anspruch immer wieder mit europäischen Selbstbehauptungsimpulsen kollidieren wird, sollten verantwortliche Politiker die gebotene kritische Distanz zum US-Wahlkampf wahren. Die Bundeskanzlerin tat gut daran, einen Auftritt des Kandidaten Obama vor dem Brandenburger Tor zu verhindern – er kann ja als Präsident wiederkommen. Wer den Wahlkampf importiert und offene Empfehlungen ausspricht, nährt eine gefährliche Illusion: Die Europäer können am 4. November ebenso wenig abstimmen, wie Obama in Europa antreten darf.